

„So etwas hält keine Branche aus“

Dem Autoland Niedersachsen drohen schlimme Konsequenzen, wenn die wegen der Corona-Krise gestoppte Produktion nicht bald wieder anläuft, warnen die Wirtschaftsverbändevertreter Volker Müller und Volker Schmidt im HAZ-Interview

Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist im März so stark abgestürzt wie seit 1991 nicht mehr, laut DIHK-Umfrage fürchtet jede fünfte Firma die Insolvenz – wie schlimm ist die Lage wirklich?

Volker Schmidt: Die Wirtschaft liegt am Boden, die Erwartungen sind im Keller. Diese Krise trifft nicht nur einzelne Branchen, sondern alle Betriebe – von den Autoherstellern über den Handel bis hin zur Gastronomie. Bis Mitte Mai werden drei Viertel der niedersächsischen Industriebetriebe in Kurzarbeit sein. Das hat es noch nie gegeben, dafür haben wir keine Blaupause.

Volker Müller: Dass der Umsatz von einem Tag zum anderen von 100 auf null geht, ist einzigartig. Von denen, die heute im Arbeitsleben stehen, hat noch keiner auch nur annähernd so etwas erlebt. Da müssen wir schon bis zum Schwarzen Freitag von 1929 zurück, um eine Parallele zu finden.

Die Produktion ruht vielerorts, die meisten Geschäfte mussten schließen – wie lange lässt sich das durchhalten?

Müller: Wenn das noch drei Wochen dauert, dann wird es schon ernste Konsequenzen geben, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Die größten Probleme haben die Zulieferer in der Metall- und Chemieindustrie, deren Kapitaldecke schon vor Corona sehr dünn war. Verschärfend kommt hinzu, dass Betriebe von staatlichen Hilfskrediten ausgeschlossen sind, wenn sie schon vor dem 31. Dezember 2019 in einer Restrukturierung waren.

Schmidt: In Niedersachsen sind über 60 Prozent der Beschäftigten direkt oder indirekt mit der Autoindustrie verbunden. Kein anderes Bundesland ist so von dieser Branche abhängig. Und ausgerechnet hier bündeln sich die Probleme: Die Hersteller haben ihre Produktion innerhalb weniger Tage gestoppt – bei der Materialzufuhr beträgt der Vorlauf aber vier bis sechs Wochen. In der Vorfinanzierung laufen hier also immense Kosten auf. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, die Autoindustrie sei unverwundbar. Die Kapitalpolster reichen höchstens noch acht bis zehn Wochen. Es geht um Liquidität – Cash ist King.

Die Autoindustrie ist schon angeschlagen in diese Krise gegangen. Wie schnell kann sie sich erholen?

Schmidt: Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir die Produktionszahlen der Jahre 2017 und 2018 auf absehbare Zeit wiedersehen. Gegenüber 2017 sind wir in Deutschland bereits im letzten Jahr um 20 Prozent eingebrochen, 2020 könnten wir das 2017er Niveau sogar um 45 Prozent unterschreiten. So etwas hält keine Branche aus. Das wird weitreichende Konsequenzen haben – auch für die Beschäftigung.

Müller: Viele Unternehmen sind in der Vergangenheit zwar noch einigermaßen durch eine Krise hindurch gekommen – sie haben es danach aber nicht mehr gepackt, wieder in Wachstum zu investieren, weil ihnen das Geld fehlte. Wir haben die Chance, als Marktführer wieder aufzustehen, allerdings nicht auf dem alten Niveau der Produktion. Unsere Position am Weltmarkt werden wir halten können, wenn es nicht an der nötigen Liquidität mangelt.

Volkswagen und andere müssen in diesem Jahr viele Elektroautos auf die Straße bringen, um den Schadstoffausstoß ihrer Fahrzeugflotten zu senken und Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu vermeiden. Kann das noch gelingen?

Schmidt: Die Klimaziele in der Europäischen Union waren schon vor Corona sehr ambitioniert, sie sind es jetzt erst recht. Ich halte es für unverantwortlich, wenn die Autoindustrie angesichts der ohnehin schon desolaten Ertragslage jetzt auch noch exorbitante Strafzahlungen leisten soll. Das wäre eine sehr schwere Hypothek, und das kann nicht im Sinne der Erfinder sein. Die Politik muss jetzt pragmatisch reagieren. Die Debatte läuft bereits, in Brüssel und in Berlin.

Zur Person

Volker Müller (64) ist seit zwei Jahrzehnten Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN). Sie sind die Dachorganisation für 92 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, die die Interessen von 150.000 Unternehmen mit mehr als drei Millionen Arbeitnehmern aus den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistungen, Handwerk und Landwirtschaft vertreten.



FOTOS: KATRIN KUTTER



Zur Person

Volker Schmidt (59) ist seit Herbst 2008 Hauptgeschäftsführer von neun Arbeitgeberverbänden, darunter Niedersachsen-Metall mit rund 300 Mitgliedsbetrieben mit etwa 110.000 Beschäftigten. Von 1995 bis 2001 arbeitete der gebürtige Leverkusener im Planungstab der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 2003 bis 2008 leitete er die politische Abteilung der Niedersächsischen Staatskanzlei.

Müller: Uns fehlen hier leider die Verbündeten. Kaum einer der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist so von der Industrie geprägt wie Deutschland mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Dafür sind viele auf dem Klimaschutzpfad unterwegs. Es geht hier auch um knallharte Interessengegensätze.

Die Wirtschaft lässt sich schnell herunterfahren – wie kommt sie wieder in Gang?

Müller: Der Staat kann vorübergehend helfen, aber er kann die deutsche Wirtschaft nicht über längere Zeit am Leben erhalten – dafür reichen seine Mittel nicht. Deshalb müssen wir die Betriebe und Geschäfte mit Augenmaß wieder öffnen. Umsatz ist das beste Heilmittel. Wichtig ist auch, die Lockerungen gut zu begründen. Niemand versteht doch, dass ein Gartencenter Gartenmöbel verkaufen darf, während Möbelhäuser geschlossen und auf ihrer Ware sitzen bleiben. Ungeheuerlich gefährdet die Akzeptanz solcher Verbote.

Schmidt: Die Autoindustrie muss spätestens Anfang Mai wieder produzieren können. Es wäre sinnvoll, dass die Händler 14 Tage vorher öffnen. Derzeit stehen in Deutschland

650.000 Neuwagen im Handel, das sind mehr als doppelt so viele wie in normalen Zeiten. Die Hoffnungen ruhen auf dem Gipfeltreffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten am Dienstag nach Ostern. Davon könnte ein starkes Signal ausgehen.

Welche Lehren müssen die Unternehmen aus der Corona-Krise ziehen? Die plötzliche Lückigkeit der Lieferketten dürfte manchen unangenehm überrascht haben ...

Schmidt: Die Globalisierung lässt

sich nicht zurückdrehen. Vor zehn Jahren haben zum Beispiel die deutschen Autohersteller noch die Hälfte der damals insgesamt neun Millionen Fahrzeuge in Deutschland gebaut – 2019 wurden bereits drei Viertel von mittlerweile 16 Millionen Autos im Ausland produziert. Die Produktion folgt der Nachfrage, wir sind von den Auslandsmärkten abhängig. Die Weltwirtschaft wird durch ein feingliedriges Räderwerk an Wertschöpfungsketten zusammengehalten. Aber als Gesellschaft sollten wir autarker werden:



Sie sind sonst nicht immer einer Meinung, angesichts der dramatischen Krise kamen sie aber gern zum Doppelinterview: Volker Schmidt (links) und Volker Müller.



Das, was der Staat aktuell an Hilfen zahlt, hat er vorher von der Wirtschaft bekommen.

Volker Müller,
Unternehmerverbände Niedersachsen

Schutzanzüge, Masken und medizinisches Gerät müssen in ausreichender Zahl vorhanden sein, um bei Pandemien künftig frühzeitiger energisch gegensteuern zu können. **Müller:** Es geht auch um die Wettbewerbsfähigkeit. Wir haben uns als Konsumenten daran gewöhnt, möglichst billig einzukaufen – folglich findet die Produktion dort statt, wo die Kosten am günstigsten sind. Die Politik kann hier helfen, indem sie die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert, also etwa Genehmigungsverfahren beschleunigt und generell das enge Korsett an Vorschriften lockert.

In der Regel beklagt sich die Wirtschaft über Eingriffe des Staates. Als Helfer in der Not ist er hingegen sehr willkommen. Nagt das nicht an Ihrer Glaubwürdigkeit?

Müller: Dass, was der Staat aktuell an Hilfen zahlt, hat er vorher von der Wirtschaft bekommen. Der Staat kann ja nur das investieren, was die Unternehmen und die Mitarbeiter zuvor verdient haben. Wir profitieren jetzt davon, dass die Sozialkassen gut gefüllt sind, dass es in der Renten- und Arbeitslosenversicherung dicke Polster gibt – allein bei der Bundesagentur für Arbeit sind es 27 Milliarden Euro. Diese Reserven sind entstanden, weil es zuvor Vollbeschäftigung gab – das ist das beste Sozialprogramm, das ein Staat sich denken kann.

Schmidt: Ohne eine funktionierende Wirtschaft gibt es kein funktionierendes Sozial- und Gesundheitssystem. Ein großer Teil der Wertschöpfung in Niedersachsen kommt aus der Industrie – der Staat muss deshalb ein starkes Interesse daran haben, das Überleben dieser und anderer lebenswichtiger Branchen zu erhalten.

Am Ende muss die Rettungspakete aber jemand bezahlen. Aus der SPD kommt die Forderung nach einer Vermögensabgabe, ärmere EU-Staaten fordern die Solidarität der Länder ein, die gemeinsam für die Schulden geradestehen sollen, indem sie Euro-Bonds emittieren.

Schmidt: Die Forderung nach einer Vermögensabgabe ist vermessend. Denn sie bedeutet, dass Familienunternehmer, deren Existenz auf dem Spiel steht und die wir brauchen, um den Laden wieder in Schwung zu bringen, jetzt noch ihre sowieso schon schwindende Substanz angreifen sollen. Bei Coronabonds bleibe ich skeptisch, weil hier Verantwortung und Haftung auseinanderfallen. Wir würden damit die Büchse der Pandora öffnen, die Vergemeinschaftung von Schulden wird den Wert des Euros schwächen. Italien wäre damit in der gegenwärtigen Krise auch nicht geholfen, denn Investitionen in die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens dort wirken nicht innerhalb weniger Tage.

Müller: Wir können uns die Hilfen für die Wirtschaft leisten, weil wir zuletzt Überschüsse im Haushalt vorzuweisen hatten. Staaten wie Portugal und Griechenland haben die Schuldenkrise gemeistert, weil sie unter dem europäischen Schutzschirm ihre Haushalte in Ordnung gebracht haben. Bei einer Ausgabe von Eurobonds wären solche Gegenleistungen nicht garantiert.

Interview: Jens Heitmann